

EuGH-Anwalt lässt Grasser zittern

"Weniger Steuern, mehr Geld fürs Leben" könnte es in Zukunft für europäische Konzerne heissen. Am Donnerstag hat der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) im Fall Marks & Spencer eine Empfehlung abgegeben, die von den Finanzministern Europas mit Bangen erwartet wurde. Sie befürchten Steuerausfälle in Milliardenhöhe. Der höchste EU-Richter empfahl nämlich, die Verrechnung von Verlusten ausländischer Tochtergesellschaften mit ihren Gewinnen im Inland zu ermöglichen.

Zwar ist die Ansicht des Generalanwaltes für den Gerichtshof nicht bindend, in den meisten Fällen folgen die Richter jedoch den Empfehlungen des "hausinternen Gutachters". "Die Statistik zeigt, dass in acht von zehn Urteilen die Richter dann wirklich so entscheiden", sagt Josef Schuch, WU-Professor und Deloitte-Partner.

Nach Ansicht des Generalanwaltes Poiares Maduro verstösst es gegen das Prinzip der Niederlassungsfreiheit, wenn Mitgliedsstaaten Unternehmen erlauben, Verluste von inländischen, aber nicht von ausländischen Töchtern mit Gewinnen der Muttergesellschaft gegenzurechnen. Das EuGH-Urteil, das in den nächsten Monaten erwartet wird, wird auch auf Österreich Auswirkungen haben. "Konzerne müssen jetzt schauen, ob der Zug für die Jahre vor 2005 schon abgefahren ist", sagt Schuch. Wenn die Steuerbescheide noch nicht rechtskräftig sind, könnte auch für österreichische Konzerne noch etwas zu holen sein. "Es ist nicht auszuschliessen, dass da erfolgreich geschürft wird", sagt Schuch. Unter bestimmten Voraussetzungen sei auch eine Wiederaufnahme denkbar.

Mit einem vergleichbaren Steuerausfall wie in Deutschland, wo Rückzahlungen bis zu 50 Milliarden Euro befürchtet werden, rechnet Schuch jedoch nicht: "Es gibt nicht so wahnsinnig viele grosse Unternehmen, die in Österreich so viel Steuer zahlen, weil sie etwa schon im Inland grosse Verluste aus früheren Jahren vortragen können."

Die Empfehlung zeige laut Schuch, dass die Gruppenbesteuerung der Steuerreform der richtige Weg war. "Das österreichische Modell könnte nun für ein EU-weites Konzept Pate stehen." (ved)

Verena Diethelm